

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen die Krise: Integration in die Arbeitswelt; Prüfungsbericht (09.000235)

In der Stadtratssitzung vom 20. Mai 2010 wurde mit SRB 305 das folgende Postulat Fraktion SP/JUSO erheblich erklärt:

Die beschlossene regionale Zusammenarbeit in der Regionalkonferenz sollte sich auch in Krisenzeiten – besonders in Krisenzeiten – bewähren. Die regionale Zusammenarbeit im Zusammenspiel mit der regionalen Wirtschaftsförderung sollte einerseits die Gemeinden dazu bringen, eine gemeinsame Politik zur Krisenbewältigung zu formulieren, andererseits die Zusammenarbeit mit den ansässigen Wirtschaftsunternehmen zu verstärken, um gemeinsam mit ihnen Massnahmen zur Bekämpfung und Linderung der Krise und ihrer Folgen zu definieren. Die öffentliche Hand sollte vor allem die konzeptionelle Arbeit leisten und Grundprinzipien und Massnahmen einer gemeinsamen Investitionspolitik definieren. Sie sollte sich leiten lassen vom Prinzip des antizyklischen Handelns zur Stärkung der Inland-Nachfrage. Gleichzeitig sollten umsetzungsbereite Vorhaben vorgezogen und zur Arbeitsplatzhaltung genutzt werden.

Das Wirtschaftsamt, die regionale Wirtschaftsförderung und das Kompetenzzentrum Arbeit sollte zusammen mit den Wirtschaftsorganisationen, gemeinsame Massnahmen zur Krisenbekämpfung definieren. Das Wirtschaftsamt sollte dazu alle auch informellen Kontakte nützen. Es könnte auch eine Scharnierfunktion zu den Bildungsstätten (Universität, Fachhochschulen, Berufsfachschulen usw.) übernehmen.

Dabei sollten z.B. folgende Themen eine wichtige Rolle spielen:

- Kurzarbeit statt Entlassungen
- Aus- und Weiterbildung während Phasen der Kurzarbeit
- Gemeinsame Massnahmen zur Verhinderung und zur Reintegration bei Langzeitarbeitslosigkeit
- Gemeinsame arbeitsmarktliche Massnahmen (Motivationssemester, Praktika, Einsatzplätze usw.)
- Lehrstellenverbände

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Er setzt sich in der Regionalkonferenz für ein gemeinsames Aktionsprogramm möglichst vieler Gemeinden zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen ein.
2. Im Kontakt der Wirtschaftsförderung mit den Unternehmen sollen möglichst Entlassungen verhindert werden. Dazu eignen sich Massnahmen im Bereich des Personalverleihs unter den Unternehmen (siehe Projekt „Kompetenzaustausch“ im Kanton Waadt), attraktive Teilzeillösungen, maximale Ausdehnung der Kurzarbeit, gemeinsame Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bei Kurzarbeit usw.
3. Das Wirtschaftsamt gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft und Bildung bildet Verbände, welche gemeinsam Lehrstellen schaffen und möglichst den Ausgebildeten auch Möglichkeiten zu ersten Berufserfahrungen ermöglichen.
4. Das Kompetenzzentrum Arbeit in Zusammenarbeit mit Organisationen aus der Wirtschaft und Bildung bietet ein gemeinsames Massnahmenpaket möglichst vieler Gemeinden für den Übergang von der Sek. I-Stufe in die Sek. II-Stufe und anschliessend in die Arbeitswelt an.

Bern, 11. Juni 2009

Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller, Miriam Schwarz, SP): Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Giovanna Battagliero, Leyla Gül, Corinne Mathieu, Rithy Chheng, Ursula Marti, Nicola von Greyerz, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Beat Zobrist, Daniela Schäfer, Beni Hirt

Bericht des Gemeinderats

Allgemeines

Die Berner Wirtschaft befindet sich in einem leichten Aufwärtstrend. Die BAK Basel Economics AG rechnet für das laufende Jahr mit einem realen Zuwachs des BIP im Kanton Bern um 1.2 % und für das Jahr 2012 mit 1.3% (Quelle: beco März 2011). Die Arbeitslosenquote sank gemäss beco im Februar 2011 um 0.1 % auf 2.6 % (CH: 0.2 % auf 3.6 %). Die Zahl der Stellensuchenden sank um 673 auf 19 570 Personen. Von diesem Rückgang profitierten fast alle Branchen. Im Dezember 2010 lag der Angebotsmietpreisindex gemäss homegate.ch für den Wirtschaftsraum Bern um 1.1 % über dem Vorjahreswert. Die gleiche Veränderung war auch im Landesmittel festzustellen. Ende 2010 wurden im Kanton Bern insgesamt 53 524 im Handelsregister eingetragene Unternehmen gezählt. Dies entspricht einem Zuwachs um 1.8 % gegenüber dem Vorjahr (Schweiz: +2.0 %). Die Wirtschaftsindikatoren stehen grundsätzlich nicht auf Krise, auch wenn aufgrund des starken Schweizer Frankens die Exportindustrie mit Margenreduktionen rechnet.

Trotz dieser verhältnismässig günstigen Entwicklung ist sich der Gemeinderat bewusst, dass strukturelle und konjunkturelle Veränderungen teilweise zu einem Ausschluss von Personen mit geringer beruflicher Qualifikation aus dem Arbeitsmarkt führen und eine Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit zur Folge haben. Er will diesem Trend entgegenwirken. Der Gemeinderat hat im März 2010 die Strategien und Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2010 - 2013 verabschiedet. Der Stadtrat nahm davon im Juni 2013 zustimmend Kenntnis. Mit der Strategie 2010 - 2013 nimmt der Gemeinderat seine sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Verantwortung im Interesse der betroffenen Personen und des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Bern wahr. Die berufliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt hat erste Priorität. Wo dies keine realistische Option ist, wird die soziale Integration gefördert.

Grundsätzlich ist das Kompetenzzentrum Arbeit an der Schnittstelle zwischen kantonalen Konzepten und städtischen Zielsetzungen, zwischen den Forderungen der Wirtschaft und dem sozialen Integrationsauftrag tätig und für die operative Umsetzung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern zuständig. Es verfügt heute über ein Jobnetzwerk mit ca. 500 Arbeitsplätzen.

Zu Punkt 1:

Auch wenn die wirtschaftlichen Vorzeichen relativ gut aussehen, ist die Bewältigung von möglichen Krisen beim Wirtschaftsamt, der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) und beim Kompetenzzentrum Arbeit ein Dauerthema.

Die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM), bei der die Stadt Bern Mitglied ist, setzt sich seit gut einem Jahr für eine starke Region ein. Im Zentrum des Interesses stehen Raumplanung, Verkehr, Regionalpolitik, Kultur, Soziales und Energieberatung. Für die besonderen Belange der Wirtschaft wurde die Teilkonferenz Wirtschaft (TKW) geschaffen. Die Stadt Bern

ist auch Mitglied der TKW und wurde mit der Leitung des Fachbereichs Wirtschaft beauftragt. Für die TKW steht die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Standortwettbewerb im Mittelpunkt. Wichtige Aufgaben betreffen Beratung von Firmen (z.B. Standortberatungen und Standortvermittlungen), das Führen einer Firmen- und Grundstücksdatenbank, Berichterstattung über das Wirtschaftsgeschehen oder die Durchführung von Netzwerkveranstaltungen.

Die TKW erfüllt zudem eine wichtige Rolle als Informationsdrehscheibe und bei der Promotion des Wirtschaftsraums Bern. Mit einer geeigneten Standortpolitik können neue Arbeitsplätze generiert und bestehende erhalten werden. Insbesondere Unternehmen aus wertschöpfungsstarken Branchen wie beispielsweise dem Gesundheitswesen werden angesprochen. Neben der erhofften Beschäftigungswirkung wird der Medizinalbereich als Drehscheibe in der Wissensvermittlung gestärkt.

Auch die Bereiche Umwelttechnologien, neue Energien, Energieeffizienz und Cleantech sind für die Entwicklung des Wirtschaftsraums Bern interessant. Mit der Umsetzung von erfolgreichen, nachhaltigen Initiativen wird der Arbeitsmarkt günstig beeinflusst.

Ein weitergehendes Aktionsprogramm von RKBM und TKW zur Bekämpfung von Wirtschaftskrisen und ihren Folgen ist derzeit nicht geplant. Festzuhalten bleibt auch, dass die RKBM und die TKW für Aktionen wie Zuschüsse zu Löhnen, Coaching oder Einarbeitung keine finanziellen Mittel haben.

Zu Punkt 2:

Massnahmen im Bereich der Arbeitslosigkeit unterliegen grundsätzlich eidgenössischen und kantonalen Vorgaben. Das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) führt als städtischer Betrieb arbeitsmarktliche Massnahmen im Auftrag des Kantons durch. Verschiedene kommunale Netzwerke von Einsatz- und Arbeitsplätzen sind miteinander verbunden. Alle Netzwerke und Netzwerkpartner können optimal bedient werden. Die Massnahmen im Einzelnen werden in Punkt 4 ausführlicher behandelt.

Die RKBM ihrerseits formuliert in ihrem Positionspapier Sozialhilfe vom 19. Oktober 2010 Schwerpunkte bei der Armutsbekämpfung und im Arbeitsumfeld. Sie misst der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und der Jugendarbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen hohe Bedeutung zu. Die berufliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt hat oberste Priorität. Die RKBM setzt sich des Weiteren für einen nahtlosen Übergang zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung wie auch zwischen abgeschlossener Ausbildung und Berufseinstieg ein und misst einem ausreichenden Angebot an Massnahmen zur beruflichen und zur sozialen Integration grosse Bedeutung bei. Im Hinblick auf die Langzeitarbeitslosigkeit werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ressourcenorientierte Angebote zur Verfügung gestellt. Zudem werden periodisch Eingliederungsmöglichkeiten abgeklärt.

Zu Punkt 3:

Der Lehrstellenmarkt hat sich in den letzten drei Jahren entspannt, wie der Lehrstellenbericht 2010 des Kantons Bern nachweist. Im Kanton Bern schliessen 95 von 100 jungen Menschen eine berufliche Grundbildung oder eine Mittelschule ab. Dies ist schweizweit ein Spitzenwert. Diese positive Entwicklung ist zum einen auf die Massnahmen zurückzuführen, die als Folge der Lehrstellenberichte 2006 und 2008 umgesetzt wurden, zum anderen auf die nach wie vor hohe Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Zudem ist die Zahl der Schulabgehenden seit 2007 rückläufig.

Im Lehrstellenbericht 2010 lautet das übergeordnete Ziel: Jugendliche und junge Erwachsene sollen befähigt werden, ihre Existenz nachhaltig zu sichern. Dies setzt die soziale Integration sowie einen qualifizierenden Bildungsabschluss oder eine anderweitige Form der Integration in den Arbeitsmarkt voraus. Der Lehrstellenbericht 2010 gibt Empfehlungen, wie die hohe Abschlussquote auf Sekundarstufe II gehalten werden kann, wie Jugendliche und junge Erwachsene, die einen Abschluss machen wollen, jedoch Defizite aufweisen, Unterstützung finden und wie die vorhandenen Mittel möglichst effektiv eingesetzt werden können. Diese Empfehlungen wurden an der Lehrstellenkonferenz am 23. November 2010 mit Fachleuten, Behörden- und Wirtschaftsvertretenden diskutiert. Ein Massnahmenkatalog wird derzeit erarbeitet. Das Wirtschaftsamt sieht zurzeit keinen weiteren Handlungsbedarf, um gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft und Bildung Verbündete zu bilden, welche zusammen Lehrstellen schaffen und möglichst den Ausgebildeten auch Möglichkeiten zu ersten Berufserfahrungen ermöglichen.

Zu Punkt 4:

In der Stadt Bern stehen bereits heute zahlreiche wirksame Angebote für ausbildungs- und arbeitslose Jugendliche zur Verfügung:

Case Management Berufsbildung (CM BB)

Das CM BB verhindert, dass gefährdete Jugendliche aus dem Bildungssystem fallen, indem es diese so weit fördert, dass die Vermittlung in eine berufliche Grundbildung erfolgen kann. Das CM BB erfasst gefährdete Jugendliche ab der 7. Klasse systematisch und ist bei Bedarf aktiv, bis die Integration in den Arbeitsmarkt nach erfolgtem Abschluss der beruflichen Grundbildung (Übergang II) erfolgt ist. Verantwortlich für die Umsetzung des CM BB ist das kantonale Mittelschul- und Berufsbildungsamt MBA.

Angebote des Berufsberatungs- und Informationszentrums (BIZ)

Für Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf bietet das BIZ die Junior-Angebote an (Junior Job Service, Junior Coaching): Mentoren und Mentorinnen bzw. erfahrene Coaches unterstützen Jugendliche, welche bei der Suche nach einer geeigneten Lehrstelle auf zusätzliche Hilfe angewiesen sind.

Das Motivationssemester [to do] des Kompetenzzentrums Arbeit

Im Motivationssemester erweitern Schulaustretende ohne Anschlusslösung und Lehrabbrechende ihre persönlichen und sozialen Kompetenzen, erwerben berufspraktische Fähigkeiten und schliessen Bildungslücken. Die Förderung erfolgt individuell und strebt die Vermittlung in eine geeignete berufliche Grundbildung an. Auftrag und Finanzierung der Motivationssemester erfolgen durch Bund (seco) und Kanton (beco und GEF), die Durchführung durch die Stadt Bern (Kompetenzzentrum Arbeit KA).

PRO LEHRSTELLE (früher inizio)

PRO LEHRSTELLE akquiriert Lehrstellen (vorwiegend zweijährige Grundbildung mit eidg. Berufsattest) und vermittelt diese an Jugendliche, die bei der Suche nach einem Lehrbetrieb auf Unterstützung angewiesen sind (Migrationshintergrund, Lernschwierigkeiten, problematisches soziales Umfeld usw.).

PRO LEHRSTELLE entwickelte sich aus dem städtischen Angebot „inizio“, ist auf Jahresbeginn 2011 kantonal ausgeweitet und in die wirtschaftsnahe und private Trägerschaft PRO BERUFSBILDUNG GmbH überführt worden.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Angeboten hat die Stadt Bern im Rahmen der Strategien 2010 - 2013 die folgenden fünf Massnahmen definiert, welche Jugendliche und junge Erwachsene mit problematischer Ausgangslage in der beruflichen Integration unterstützen:

Strategien	Massnahmen
Ausbildungslose Jugendliche erhalten durch individuelle Förderung und Unterstützung die Gelegenheit, ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz nachhaltig zu verbessern.	<p>M 2: Präventive Unterstützung für Jugendliche in der obligatorischen Schulzeit, welche über schulische Bildung nicht abgeholt werden können.</p> <p>M 3: Angebot für Sozialhilfe beziehende, ausbildungslose junge Mütter.</p>
Ausbildungslose junge Erwachsene (18 - 25 Jahre), für welche eine berufliche Grundbildung mit Attest (EBA) zu hochschwellig ist, erhalten durch individuelle Förderung und Unterstützung die Gelegenheit, sich zu qualifizieren und sich Schritt für Schritt in Richtung ersten Arbeitsmarkt zu bewegen.	<p>M 4: Einzeleinsatzplätze in Non-Profit-Betrieben (allenfalls im ersten Arbeitsmarkt), welche jungen, sozialhilfeberechtigten Erwachsenen ein Herantasten an den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.</p> <p>M 5: Evaluation und Attest „on the job“ von Schlüsselkompetenzen und Ressourcen von jungen Erwachsenen ohne Ausbildung. Enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft (Kompatibilität mit validation des acquis).</p>

Diese Massnahmen werden durch das Kompetenzzentrum Arbeit in enger Kooperation mit Wirtschaft sowie städtischen und kantonalen Institutionen umgesetzt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Es entstehen keine weiteren Aufwendungen, als diejenigen, die in den Strategien und Massnahmen zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration in der Stadt Bern für die Jahre 2010 - 2013 aufgezeigt wurden. Welche finanziellen und personellen Folgen die Aktionen und Programme, die durch Dritte und den Kanton lanciert werden, verursachen, kann nicht beziffert werden.

Bern, 18. Mai 2011

Der Gemeinderat